

Inhaltsverzeichnis

Inhaltsübersicht	V
Abkürzungsverzeichnis	XIX
Einleitung	1
1. Ausgangsfragen	1
2. Das Völkerrecht der Gegenwart	4
3. Die völkerrechtliche Lesart des Öffentlichen Rechts	6
4. Selbstbestimmungsrecht als paradigmatischer Leitgedanke	7
5. Interdisziplinärer und grundlagenorientierter Ansatz	9
6. Gang der Untersuchung	10

Erster Teil

Theoretische Grundlagen des heutigen Völkerrechts

11

§ 1 Recht und Rechtsgemeinschaft	13
§ 2 Das Völkergemeinschaftsrecht.	17
I. Ausgangspunkte	17
1. Zur Systematik der völkerrechtlichen Rechtsquellenlehre	17
2. Der Begriff „Völkergemeinschaftsrecht“	20
II. Zum Geltungsgrund des Völkerrechts.	21
1. Geltungsgrund des Rechts ist die Angewiesenheit auf Anerkennung	22
2. Völkerrecht als Recht der Völkergemeinschaft	25
3. Völkergemeinschaftsrecht als natürliches Recht; zwingendes Völkerrecht als Naturrechtsidee der Gegenwart	26
a) Natürliches Recht	27
b) Funktionales Naturrecht bedeutet nicht „homogener Menschenrechts-Universalismus“	28
c) Die Gegenthese: gerade das zwingende Völkerrecht hat das Naturrecht überflüssig gemacht	30

d) Grundrechte als jeweils regional verwirklichte Menschenrechte.	31
4. Völkergemeinschaftsrecht im weiteren und im engeren Sinne	33
III. Zur Geltungsart des internationalen Rechts	35
1. Monismus und Dualismus.	35
a) Streit der Geltungstheorien ist nicht obsolet.	35
b) Monistische Geltungstheorie für den Kern des Völkergemeinschaftsrechts	36
2. Überverfassungsrechtlicher Rang des zwingenden Völkergemeinschaftsrechts	38
IV. Das internationale Recht als Völkerverfassungsrecht oder als Völkergemeinschaftsrecht?	42
1. „Konstitutionalisierung“ des Völkerrechts	42
2. Konstitutionalisierung und humanitäre Intervention	45
3. Konstitutionalisierung und Welt-Diktatur	47
4. Konstitutionalisierung und die Rolle des Individuums als Völkerrechtssubjekt	49
§ 3 Sein und Sollen.	53
I. Was ist der naturalistische Fehlschluß?	54
II. Zur Übertragbarkeit des Verbots des naturalistischen Fehlschlusses in die Rechtstheorie	57
1. Aus rechtstheoretischer Sicht: Kategorialität heißt nicht absolute Impermeabilität.	57
2. Aus naturwissenschaftlicher Sicht: die Kategorialität ist selbst ein Sein, Sollen ist ein Naturphänomen.	60
3. Aus rechtsphilosophischer Sicht: vom hermeneutischen Zirkel zur Sozialontologie und zur praktischen Sozialphilosophie.	62
III. Die Gegenthese: zirkulär-normatives Rechtsdenken am Beispiel des Rechtsbegriffes „Staat“	64
1. Die Zirkularitäts- und Legitimitätsproblematik	64
2. Der Begriff „Öffentliches Recht“	67
a) Abgrenzungstheorien	68
b) Öffentliches Recht als Sonderrecht des Staates	70
c) Kritik der Prämissen der zirkulär-normativen Rechtstheorie	74
IV. Ergebnisse	76

§ 4 Das Recht ist kein Vertrag	79
1. Das Wesen des Rechts: sozialontologisch, nicht kontraktualistisch	80
2. Vertragstheorien als rechtstheoretische Modelle zur Diskussion des richtigen Inhalts von Rechtsnormen in demokratischen Gesellschaften	83

Zweiter Teil

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als *idée directrice*
des internationalen Rechts

89

§ 5 Das Selbstbestimmungsrecht.	91
I. Grundlagen.	91
II. Vom allgemeinpolitischen Ziel zum tragenden Legitimationsprinzip	94
III. Das Volk im Sinne des Völkerrechts	98
1. Das Volk.	98
2. Volksbegriff, Demokratieprinzip und völkerrechtlicher Minderheitenschutz	101
a) Gleiche Teilhabe und internationales Recht	103
b) Konturlosigkeit des universalisierenden Demokratiebegriffs.	104
c) Rein individualbezogener Demokratiebegriff und Minderheitenschutz	105
IV. Exkurs: Humanethologische Grundlagen des Selbstbestimmungsrechts	107
1. Grundgegebenheiten.	108
2. Großgruppenbildung in der Gegenwart: die Nation	110
3. Selbstbestimmungsrecht der Völker als rechtliche Bewältigung menschlicher Ethnizität und Kulturalität	114
§ 6 Das Selbstbestimmungsrecht der Völker und das Souveränitätsprinzip am Beispiel des Problems der Sezession	117
1. Die Sezession im geltenden Völkerrecht	117
2. Offensives und defensives Selbstbestimmungsrecht	119

§ 7 Selbstbestimmungsrecht der Völker, Demokratie und Menschenrechte	127
I. Selbstbestimmungsrecht und Menschenrechte	127
1. Menschenrechte mit Gemeinschaftsbezug und gemeinschaftsbezogenes Menschenrecht.	127
a) Menschenrechte mit Gemeinschaftsbezug setzen praktisch und technisch eine Gemeinschaft voraus, bleiben aber Individualrechte	128
b) Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als echtes gemeinschaftsbezogenes Menschenrecht.	128
2. Selbstbestimmungsrecht, Demokratie und Menschenwürde	130
3. Das Selbstbestimmungsrecht als Voraussetzung der Menschenrechte?	134
II. Selbstbestimmung und Demokratieprinzip.	135
1. Allseitiger und umfassender Schutz des Selbstbestimmungsrechts	135
2. Staat, Verfassung, Demokratie	139
3. Anspruch auf Demokratie?	143
4. Das Volk als pouvoir constituant	145

Dritter Teil

Staatsvolk und staatliche Gemeinschaft

147

§ 8 Staatsvolk und Staatsbürgerschaft	149
1. Die Selbstbestimmungsfunktion der Verfassung	149
2. Das Volk als Grund der Verfassung	151
3. Die institutionelle und die selbstbestimmungsbezogene Garantie des Staatsbürgerschaftsrechts.	153
a) Staatsbürgerschaftsrecht als einfache, grundrechtsbezogene institutionelle Garantie.	155
b) Staatsbürgerschaftsrecht als selbstbestimmungsbezogene Garantie	160
§ 9 Die Staatliche Gemeinschaft im Völkerrecht und im Grundgesetz	165
I. Vorüberlegungen zu Fragestellung.	165
1. Eine differenzierte Theorie staatlicher Gemeinschaften statt „Individualismus versus Kollektivismus“	165

2. Zur staatlichen Schutzverantwortung	166
a) Schutz der Menschenrechte in Gemäßheit des Selbstbestimmungsrechts	166
b) Staatliche Gemeinschaft, Schutzverantwortung und völkerrechtliche Zuständigkeit	167
II. Staatliche Gemeinschaft als Legitimationssubjekt	168
1. Ausgangspunkte	168
2. Legitimationsfunktion auch der staatlichen Gemeinschaft	169
a) Staatliche Gemeinschaft im Sinne des Völkerrechts umfaßt alle Menschen im Lande	169
b) Staatliche Gemeinschaft im engeren Sinne: ein Modell konzentrischer Kreise	170
3. Die staatliche Verantwortung für die Risiken der Zuwanderung	174
III. Staatliche Gemeinschaft, Rechtsgehorsam und Vertragstheorie	176
IV. Die staatliche Gemeinschaft des Grundgesetzes	179
1. Grundrechte, Personalität und Gemeinschaft	181
a) Personalität und Recht	181
b) Folgerungen für die Grundrechtstheorie	182
2. Staatliche Gemeinschaft und Landesverteidigung	184
V. Staatliche Gemeinschaft als grundrechtliche Anerkennungsgemeinschaft	186
VI. Staatliche Gemeinschaft, völkerrechtliche Zuständigkeit und responsibility to protect	192
§ 10 Zur diskursiven Legitimitätsfunktion der Grundrechte	195
1. Legitimation und Legitimität	195
2. Verfassung als „regionales Naturrecht“	201
3. Legitimierungsbedarf des Rechts	202
4. Grundrechte als diskursiver Legitimierungsmechanismus.	203
5. Methodisch „positivistischer“ Einwand	205

Vierter Teil

Die Selbstbestimmungsgarantie des Grundgesetzes

211

§ 11 Die Vorgaben des Völkergemeinschaftsrechts und die verfassungstranszendenten Vorschriften des Grundgesetzes	213
1. Völkergemeinschaftsrecht und verfassungstranszendentes Verfassungsrecht	214
2. Völkerrechtliche Legitimität als Voraussetzung der Legalität nach dem Grundgesetz.	216
§ 12 Die Ewigkeitsgarantie des Grundgesetzes als Selbstbestimmungsgarantie.	219
1. Völkergemeinschaftsrecht als geltendes Recht.	219
2. Völkerrechtliche Auslegung des Verfassungsrechts.	220
a) Anspruch der Staatsbürger auf Teilhabe am pouvoir constituant	220
b) Aber: regionale und kulturelle Brechung des Völkergemeinschaftsrechts	222
c) „Ewigkeitsgarantie“ als Selbstbestimmungsgarantie keine Einschränkung der Volkssouveränität.	223
§ 13 Selbstbestimmungsrecht und Eigenstaatlichkeit	229
I. Maastricht- und Lissabon-Entscheidung	229
1. Vom Grundrecht auf demokratische Legitimation zum Recht auf Eigenstaatlichkeit und Selbstbestimmung	229
a) Der Begriff „Legitimationsniveau“	229
b) Verfassungstranszendente Vorschriften in prozessualer Hinsicht konstitutiv und nicht bloß deklaratorisch.	232
2. Neue Gegenteilstendenzen.	234
a) BVerfGE 126, 286 ff. – Honeywell	235
b) BVerfGE 129, 124 ff. – „Rettungsschirm“	238
aa) Umfassende Kompetenz zur Rüge der Verletzung des Selbstbestimmungsrechts	239
bb) Umfassende Kompetenz zur Rüge von Ultra-vires-Akten?	240
II. Die Kontroverse in der Literatur.	243
1. Politisches Vorverständnis.	243

2. Hintergrund: Verfassungstheorie des Europäischen Gerichtshofs versus Brückentheorie des Bundesverfassungsgerichts	246
a) Die Verfassungs-Theorie des Europäischen Gerichtshofes	246
b) Verfassung im formellen und im materiellen Sinne	249
3. Verfassungskern und verfassungsgebende Gewalt des Volkes	252
§ 14 Der Schutz des Selbstbestimmungsrechts in der Verfassung.	255
I. Die Präambel des Grundgesetzes	255
1. Allgemeines	255
2. Die Festlegungen der originären Präambel	257
a) Der Staat der originären Präambel	257
b) Exkurs: Menschenwürdegeleitete Staatlichkeit oder Staatlichkeit nur im Rahmen der Menschenwürde?	259
c) Das Volk der originären Präambel	261
3. Zur Fortgeltung der Sätze 1 und 2 der originären Präambel	262
a) Vorüberlegung: Explizite und systematische Selbstbestimmungsgarantien	263
b) Selbstbestimmungsgarantie und Präambel des Grundgesetzes	267
c) Ergebnis	272
II. Das Widerstandsrecht	273
III. Art. 146 des Grundgesetzes: bleibendes Selbstbestimmungsrecht als einzige Legitimation der Verfassung	276
1. Das Problem.	276
2. Die Lösung	279
3. Verfassungsrechtliche Konsequenz: Art. 146 GG eigentlich deklaratorisch, aber nicht obsolet.	280

*Fünfter Teil*Das Selbstbestimmungsrecht der Völker als Grund
und Grenze des Europarechts

283

§ 15 Selbstbestimmungsrecht der Völker und europäische Integration	285
1. Recht und Politik: Jellineks Skepsis.	285
2. Der Integrationsauftrag des Grundgesetzes	288
3. Europarecht als die Rechtsordnung eines völkerverwaltungsrechtlichen Verbandes	290
a) Internationales Planungsrecht.	290
b) Demokratiedefizit?.	292
4. Die völkerrechtliche Legitimation der Union: demokratische Basislegitimation plus Selbstbestimmungskontrolle	294
5. Gubernative Rechtssetzung	296
a) Grundsatz: Allgemeine Tendenz zur Exekutiv- Rechtssetzung auch im demokratischen Verfassungsstaat	297
b) Supranationale gubernative Rechtssetzung als Selbstbestimmungsproblem	299
 § 16 Völkerrechtliche Grenzen der völkerverwaltungs- rechtlichen Integration im Grundgesetz	 301
1. Ausgangspunkt: Schutz der Selbstbestimmung	301
2. „Demokratie“ im parlamentarischen Bundesstaat und in der Europäischen Union	303
a) Demokratischer Bundesstaat und Verpflichtung auf demokratische Grundsätze	303
b) Mögliche Gegenthese: allgemeiner Anspruch auf demokratische Legitimation hoheitlichen Handelns unter dem Grundgesetz	306
3. Grenzen supranationaler Planung und Rechtsvereinheitlichung	309
a) Subsidiaritätsprinzip als Schutz der Selbstbestimmung .	309
b) Europäischer Haftbefehl.	311
c) Schutz des Subsidiaritätsprinzips durch den Europäischen Gerichtshof.	312

§ 17 Das Legitimations- und Demokratieproblem in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	315
I. Primäres Unionsrecht bzw. Zustimmungsgesetze	317
1. „Demokratische Legitimation“ im Maastricht-Urteil	318
2. „Demokratische Legitimation“ im Lissabon-Urteil	322
II. Institutionelle und völkerrechtliche Legitimation des Sekundärrechts.	327
1. Die „frühe Entäußerungstheorie“ des Bundes- verfassungsgerichts.	330
2. Legitimation des abgeleiteten Gemeinschaftsrechts im Solange-I-Beschluß.	331
3. Solange II: Übergang zur rein institutionellen bzw. völkerrechtlichen Legitimation des Gemeinschaftsrechts	335
4. Ergebnis: Änderung, nicht Erfüllung der Solange-I-Kriterien.	339
5. Verfassungswandel und Postdemokratie.	340
III. Solange II, Struktursicherungsklausel und Wesensgehaltsgarantie.	343
§ 18 Ein grundlegendes Neuverständnis von Volkssouveränität und Demokratie?	347
1. Soziologische Ansätze	348
a) Radikaler soziologischer Ansatz	348
b) Gemäßigter soziologischer Ansatz: „output-Legitimation“	348
2. Verfassungstheoretische Ansätze	351
a) Demokratie als allgemeines Prinzip, nicht als Inbegriff konkreter Teilhaberegeln	351
b) Demokratie als allgemeine Rechtssubjektivität bzw. Rechtsegalität oder „gleiche Freiheit“	354
Literaturverzeichnis	357
Sachregister	393